

„Projekt des Teufels“

Außenpolitik In Brüssel und auf Rügen organisieren sich die Gegner der Gaspipeline „Nord Stream 2“. Ein Problem für den russischen Energieriesen Gazprom – und für die Kanzlerin.

Der polnische Außenminister Witold Waszczykowski hat sich mit seinen rechtsnationalen Positionen in Europa nicht gerade den Ruf eines Sympathieträgers erarbeitet. Aber als der 60-Jährige in der vergangenen Woche beim Treffen der Ostseeanrainerstaaten auf Island den Bau der Erdgaspipeline „Nord Stream 2“ von Russland nach Deutschland als „antieuropäisch“ geißelte, erhielt er großen Zuspruch von seinen Kollegen.

Es könne nicht sein, dass Deutschland eine Frage dieser Tragweite im Alleingang entscheide, so der Pole, die EU müsse einschreiten. Offener Widerspruch kam nur vom deutschen Außenminister Sigmar Gabriel. Der europäische Gasmarkt dürfe nicht „zurück in die Gefangenschaft der Politik“ gebracht werden, entgegnete der Vizekanzler.

Die geplante Pipeline spaltet Europa, und wie schon in der Eurokrise und beim Flüchtlingsdrama wird den Deutschen vorgeworfen, rücksichtslos ihre Interessen durchzusetzen. Besonders übel nehmen viele EU-Partner der Bundesregierung, dass sie diesmal nonchalant das Geschäft des russischen Präsidenten Wladimir Putin betreibt. Wenn die neue Röhre durch die Ostsee erst einmal verlegt ist, würden ab 2019 rund 70 Prozent des von Russland in die EU gelieferten Gases über „Nord Stream 1“ und „Nord Stream 2“ in Deutschland ankommen, vorbei an Polen, den baltischen Staaten und der Ukraine.

Als „Werkzeug russischer Energieaggression“ brandmarkte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko das Projekt daher unlängst in Brüssel. Viele Mitglieder der Staatengemeinschaft denken ähnlich, zumal sie auch die EU-Kommission an ihrer Seite wissen: Er habe eine Präferenz „für Pipelines, die verbinden, statt für Pipelines, die trennen“, sagt Kommissionschef Jean-Claude Juncker.

Dabei ist das Projekt mit Europarecht durchaus vereinbar, das gibt sogar Brüssel hinter vorgehaltener Hand zu. Ein Gutachten des juristischen Dienstes der EU-Kommission, das die Brüsseler Behörde unter Verschluss hält, kommt zu dem Ergebnis, dass die Genehmigung für „Nord Stream 2“ nicht in die Zuständigkeit der EU fällt.

Doch es geht längst nicht nur um rechtliche Fragen. Die Pipeline ist zum Politi-

kum geworden. Der Ärger der Osteuropäer geht bereits so weit, dass die Juncker-Behörde vergangene Woche ankündigte, das Verfahren an sich zu reißen. Der für die Energieunion zuständige Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič erläuterte am Montag im Rat der Energieminister, dass künftig nicht die Deutschen, sondern die EU-Kommission mit Russland über die umstrittene Pipeline verhandeln wolle. 13 Länder unterstützten ihn, der deutsche Vertreter, Wirtschaftsstaatssekretär Rainer Baake, schwieg.

Würde sich die EU-Kommission durchsetzen, wäre das ein herber Schlag für „Nord Stream“, jenes Gemeinschaftsunter-

zu bestrafen, gleichzeitig aber neue Energiegeschäfte mit Gazprom anzubahnen.

Erstaunlicher ist, dass sich auch die Kanzlerin bislang öffentlich hinter den Bau der zweiten Erdgasröhre stellt. Schließlich droht die Pipeline so ziemlich jedes Ziel der europäischen Energie- und Russlandpolitik zu untergraben. Europa will eigentlich unabhängiger von russischem Gas werden, Deutschland aber macht sich für einen Lieferweg stark, der die Abhängigkeit erhöht. Europa will die Regierung in Kiew stärken, Deutschland aber setzt sich für ein Projekt ein, das es den Russen ermöglichen könnte, die Ukraine als Transitland zu umgehen.

Merkel sitzt in der Frage „Nord Stream“ zwischen allen Stühlen. Schon vor zwei Jahren hatte sie die Pipeline in kleiner Runde als „Teufelsprojekt“ bezeichnet. „Die Kanzlerin ist kein Fan des Projekts“, heißt es in ihrem Umfeld. Nur: Warum hält sie trotzdem daran fest?

Merkel, heißt es in der CDU, scheue einen weiteren Konflikt mit dem russischen Präsidenten, nicht zuletzt wegen der nahenden Bundestagswahl. Schließlich finden viele Deutsche, dass die Bundesregierung mit den Sanktionen gegen Moskau schon zu weit gegangen ist.

Die Zeit, sich von dem Projekt abzusetzen, ist auch deshalb ungünstig, weil die Amerikaner den Druck auf Europa erhöhen. Kürzlich entschied der US-Senat, die Sanktionen gegen Russland auszuweiten. Die Senatoren verbanden die Entscheidung mit unverhohlenen Drohungen gegen europäische Firmen, die mit Russland Gasgeschäfte machen. Außenminister Gabriel und der österreichische Kanzler Christian Kern warfen den Amerikanern daraufhin öffentlich vor, unter dem Deckmantel von Sanktionen die Interessen der US-Gasindustrie zu betreiben. Auch wenn ihr der rüde Ton von Gabriels Erklärung missfiel, blieb Merkel nichts anderes übrig, als sich hinter ihren Außenminister zu stellen.

Was die Sache für Merkel noch pikanter macht: Das Ende der geplanten Pipeline liegt in ihrem Wahlkreis. Dort formiert sich ebenfalls der Widerstand gegen das Projekt. 56 Prozent holte Merkel hier 2013. Ob sie bei der Bundestagswahl im September wieder so gut abscheidet, ist fraglich.

Gaspipelines von Russland nach Deutschland



nehmen des russischen Gazprom-Konzerns und Energieunternehmen wie BASF und Uniper (früher Eon), bei dem Altkanzler Gerhard Schröder den Aufsichtsrat leitet. Solange nicht geklärt ist, ob Berlin oder Brüssel über das Projekt verhandeln, denken Ostseeanrainer wie Schweden und vor allem Dänemark nicht daran, die nötige Erlaubnis für die Verlegung der Röhren im Meer zu erteilen. „Die Chancen für das Projekt sinken damit beträchtlich“, sagt der grüne Außenpolitikexperte Reinhard Bütkofer. „Die Hoffnungen von Gazprom, Putin und Schröder, ihr Projekt durchzuzocken, brechen in sich zusammen.“

Dass die Sozialdemokraten das Projekt unterstützen, ist keine Überraschung. Ihre Sympathie hat nicht nur mit Schröder zu tun. Für die Genossen ist die Pipeline Teil der Entspannungspolitik gegenüber Russland. Die Genossen sehen keinen Widerspruch darin, Moskau wegen der Krim-Annektion und der Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine mit Sanktionen

Johann Tophoff-Kaup zum Beispiel ist nicht gut auf Merkel zu sprechen. Der 29-jährige Landwirt aus Rügen hat in seinen Weizenfeldern Schilder aufgestellt mit dem Slogan: „Kein Acker für ‚Nord Stream 2‘“. Dabei will das Pipeline-Unternehmen dem mecklenburgischen Landwirt rund 200 Hektar seines Landes abkaufen. Aber Tophoff-Kaup will kein Geld, er braucht das Land für Ackerbau und Viehzucht.

Jeden Tag sieht Tophoff-Kaup zwei bis drei Züge mit neuen Rohrsegmenten vorbei zum Hafen von Sassnitz rollen, mehr als 30 000 Rohre liegen dort bereits. Mit jedem weiteren Rohr schwindet sein Vertrauen in die Kanzlerin. „Wer erst die Fahnen für uns hochhält und uns dann im Stich lässt, der wird unseren Unmut deutlich steigern“, sagt der Landwirt.

Auch in der CDU wächst der Unmut über „Nord Stream 2“. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Norbert Röttgen, gehört ebenso zu den Gegnern wie EU-Kommissar Günther Oettinger oder der Europaabgeordnete Elmar Brok. „Das ist ein politisches, kein wirtschaftliches Projekt“, sagte Oettinger kürzlich bei einer Veranstaltung in Wien. „Es gibt keinen wirtschaftlichen Grund für ‚Nord Stream 2‘“, sagt Brok, „die Kapazitäten von ‚Nord Stream 1‘ sind längst nicht ausgeschöpft.“ Und der CDU-Außenpolitiker Christoph Bergner findet, es stehe einer Regierung „nicht gut an, sich gegen ein so klares europäisches Interesse national zu profilieren, selbst wenn sie das Recht auf ihrer Seite hat“.

Die EU-Kommission jedenfalls will sich per Ratsbeschluss ein Mandat für die Verhandlungen mit Moskau geben lassen. „Es kann keinen regelungsfreien Raum geben“, sagt Kommissar Šefčovič. Es könne nicht sein, dass bis zum letzten Millimeter in der Ostsee nur russisches Recht gelte und das EU-Recht erst auf dem Festland. Er finde es, „beunruhigend“, so der Slowake, „wenn über ‚Nord Stream 1‘ und ‚Nordstream 2‘ ab 2019 ein Großteil des russischen Gases nach Europa kommen soll“.

Das Unternehmen hält die Argumente der Gegner für vorgeschoben. Der Vorwurf, Europa erhöhe seine Abhängigkeit von russischem Gas durch die neue Pipeline, sei „ein nicht mehr zeitgemäßes Schreckgespenst“, heißt es bei „Nord Stream“. Und die EU-Kommission „kein ehrlicher Makler“.

Der Kanzlerin wäre es gar nicht unlieb, wenn Brüssel das Verfahren übernimmt und sich die Verhandlungen in die Länge ziehen, glaubt nicht nur CDU-Politiker Bergner. „Damit wäre gewährleistet, dass die Interessen der EU-Partner berücksichtigt werden; gleichzeitig könnten wir das Thema damit aus dem Bundestagswahlkampf heraushalten.“

Peter Müller, Christoph Schult, Jonas Weyrosta

Teure Sprüche

Kampagnen Niedersachsens Regierungschef Stephan Weil gerät in Erklärungsnot: Seine Sprecherin vergab freihändig Aufträge an einen alten SPD-Bekannten.

Michael Kronacher machte als „Frog“ Karriere, als „Friend of Gerhard“. Seinem Duzfreund Gerhard Schröder half Kommunikationsdesigner Kronacher mit seinen Kampagnen zuerst auf den Sessel des Ministerpräsidenten in Niedersachsen und dann ins Kanzleramt. Danach erhielt seine Agentur Odeon Zwo in Hannover Aufträge über 29 Millionen Euro für „Kommunikationsstrategien“ von der Schröder-Regierung. Der Bundesrechnungshof rügte die Vergabe.

Nun steht in Niedersachsen erneut eine SPD-geführte Regierung wegen Kronacher-Deals in der Kritik. An Vorschriften vorbei wurde er beauftragt, nach einem neuen Slogan für das Bundesland zwischen Nordsee und Harz zu suchen. Ministerpräsident Stephan Weil bringt die Claim-Suche in Erklärungsnot. Seine enge Mitarbeiterin und Sprecherin Anke Pörksen steht im Mittelpunkt der Affäre.

Die Juristin war schon 2013 dabei, als Kronacher im „Landhaus am See“, in Garbsen, einen seiner „kreativen Workshops“ abhielt. Das bisherige Landesmotto: „Sie kennen unsere Pferde. Erleben Sie unsere Stärken“, gefiel der Weil-Regierung nicht mehr. Kronacher und Pörksen sammelten Vorschläge für einen neuen Claim. Sie wollten einen Spruch, am besten so eingängig wie der aus Baden-Württemberg: „Wir können alles. Außer Hochdeutsch.“

Geladen waren die Mitarbeiter aus den Pressestellen der Ministerien. Nur leider kam nichts heraus. Auch ein zweiter Kreativ-Workshop endete ohne eine tolle Idee.



Niedersachsen-Claim

An Schlichtheit kaum zu überbieten

Dann passierte nichts, bis sich Anfang 2015 Oppositionspolitiker nach den Fortschritten für den Niedersachsen-Slogan erkundigten. Weil in der Pressestelle inzwischen offenbar aufgefallen war, dass Kronacher ohne das vorgeschriebene Vergabeverfahren nach klugen Sprüchen suchte, ließ Pörksen dies im Februar 2015 nachholen. Die Ausschreibung war maßgeschneidert für Michael Kronacher: Erfahrungen bei der „Entwicklung von Landes-Claims“ und „Kreativ-Workshops“ sollten die Bewerber mitbringen, hieß es. Die Abgabefrist war so kurz, dass Mitbewerber abwinkten. Kronacher erhielt den Zuschlag.

Anfang 2015 wiederholte Kronacher also seine Kreativ-Workshops, die zwei Jahre vorher gefloppt waren. „Niedersachsen. Frischer Wind“, kam dabei heraus. Und: „Niedersachsen. Vielfalt ist unsere Natur.“ Keiner davon gefiel der Runde.

Als die fragwürdigen Kronacher-Aufträge bekannt wurden, untersuchte der Chef der Staatskanzlei, Jörg Mielke, die Vorgänge in der eigenen Pressestelle und das Agieren seiner Kollegin Pörksen, die wie er im Rang einer Staatssekretärin arbeitet. Sein Urteil war hart: Mehrere Aufträge an Kronacher hatte Pörksen demnach freihändig vergeben, Akten fehlten oder wurden gar nicht erst angelegt. Fast sämtliche Vorgänge, so Mielke, litten unter „erheblichen handwerklichen und rechtlichen Mängeln“.

Uwe Schünemann, CDU-Obmann in einem Untersuchungsausschuss des Landtages zu Vergabeverstößen, fordert nun die Staatsanwaltschaft auf, im Fall Kronacher zu ermitteln. Die führt bereits ein Verfahren wegen ähnlicher Vorgänge im Wirtschaftsministerium. „Jeder Kleingartenverein wird ordentlicher geführt als die Staatskanzlei.“ Schünemann will Weil in den Ausschuss vorladen lassen. Denn ein internes Schreiben vom 11. Mai 2016, in dem das weitere Vorgehen in der erfolglosen Claim-Suche beschrieben wird, trägt Weils Paraphen. Damit billigte der Ministerpräsident persönlich einen Vorgang, den sein Staatssekretär Mielke später als Vergabeverstoß beurteilen sollte.

Statt die Zusammenarbeit mit Kronacher wegen Erfolglosigkeit zu beenden, machte Pörksen ihn zu einer Art Generalunternehmer. Unter seiner Regie sollten nun mehrere Agenturen mit frischen Claim-Vorschlägen gegeneinander antreten. In einer E-Mail an den „lieben Michael“ erkundigte sich die Regierungssprecherin über den Stand der Dinge: „Wie weit bist Du?“ Antwort: „Liebe Anke, die drei Agenturen sind gebrieft und arbeiten. Wir dürfen gespannt sein.“ Am 13. Juni 2016 sollten die neuen Vorschläge vorliegen.

Im September 2016 war die mehr als dreijährige Suche beendet. Das Ergebnis kostete mindestens 90 000 Euro und war an Schlichtheit kaum zu überbieten: „Niedersachsen. Klar.“

Hubert Gude